

17. Dezember 1970: Bericht des KGB an das ZK der KPdSU über Informationen aus den der CDU nahestehenden Kreise über die Lage innerhalb der Parteiführung*

Streng geheim

Das Komitee für Staatssicherheit hat aus der Parteiführung der westdeutschen Oppositionspartei CDU nahestehenden Kreisen Informationen über die Lage innerhalb der Führung dieser Partei erhalten.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die CDU-Führung zum Schluss gekommen, dass Kiesinger nicht die Person ist, die den Kampf gegen die Regierungskoalition anführen kann. In diesem Zusammenhang ist geplant, im Sommer/Herbst 1971 einen neuen Parteivorsitzenden zu wählen.

Als realistischste Kandidaten für diesen Posten werden der stellvertretende Parteivorsitzende Helmut Kohl und der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Rainer Barzel, gehandelt, die die wichtigsten Strömungen innerhalb der Partei anführen.

Eine der Fragen, in denen sich die beiden Strömungen unterscheiden, ist die Einstellung zum Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD. Kohl spricht sich grundsätzlich gegen offizielle Abkommen mit der UdSSR aus, weil er der Meinung ist, dass dieses Misstrauen bei den Westmächten hervorrufen würden. Deshalb ist er der Auffassung, dass die Beziehungen mit der UdSSR über die Aktivierung einer wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit entwickelt werden müssen. Kohl betrachtet nur solche Lösung der Westberlin-Frage als für die BRD annehmbar, die keinen offiziellen Verzicht Bonns auf die „politische Anwesenheit“ in Westberlin bedeutet.

Für die möglichen Beziehungen mit der DDR sieht Kohl nur eine Grundlage, nämlich, das sogenannte „Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung“, dessen Ziel im Endeffekt in einer Eingliederung der DDR in die BRD liegt.

Barzel vertritt eine realistischere Position und geht im Gegensatz zu Kohl von der Tatsache aus, dass der westdeutsche Kanzler „seine Unterschrift gegeben hat, was akzeptiert werden muss, unabhängig davon, welches Schicksal auch immer den Vertrag ereilen wird“. Barzel ist der Meinung, dass sein Standpunkt eine Mehrheit innerhalb der CDU bekommen könnte, wenn bei den gegenwärtigen Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD Lösungen gefunden werden, die Kontakte zwischen in der DDR und der BRD lebenden Verwandten erleichtern.

Barzel ist bereit, eine Lösung der Westberlin-Frage derart zu akzeptieren, bei der die Bewohner Westberlins die Möglichkeit bekommen, Ostberlin zu besuchen, und bei der Verkehrsverbindungen zwischen der BRD und Westberlin garantiert sowie die bestehenden wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Verbindungen zwischen der BRD und Westberlin anerkannt werden.

Dennoch nimmt Barzel von Äußerungen zugunsten des Vertrages Abstand, da, seiner Ansicht nach, die Bundesregierung der CDU-Führung bei Weitem nicht alle Informationen über die Verhandlungen in Moskau vorgelegt habe. In diesem Zusammenhang stellt sich Barzel die Frage, ob die westdeutsche und die sowjetische Seite die Vertragsbestimmungen auch deckungsgleich interpretieren. Barzel betrachtet diese Fragestellung als prinzipiell, da er davon ausgehe, nur einen Vertrag unterstützen zu können, der zukünftig keinerlei Streitigkeiten zulasse. Barzel würde gerne eine Reise in die UdSSR unternehmen, kann dies aber nicht ohne offizielle Einladung tun.

* RGANI, F. 5, op. 62, d. 695, S. 189–191. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 17. Dezember 1970, Nr. 3411-A, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 43265, 17. Dezember 1970, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 1-st.“ Drei Unterschriften am linken Seitenrand: Suslov, Katushev, eine unleserlich.

Den vorliegenden Informationen zufolge hat Barzel auch früher schon die Möglichkeit einer Reise nach Moskau in Betracht gezogen. Er gab diesen Gedanken jedoch wieder auf, in der Annahme, er würde dort von „dritt- oder viertrangigen“ Personen empfangen, was der Reise jeglichen Sinn nehmen würde. Das Vorhaben Barzels, die UdSSR zu besuchen, steht in Zusammenhang mit dem Führungskampf innerhalb der Partei; eine solche Reise könnte Barzels Position stärken und seine Chancen, zum Vorsitzenden der CDU gewählt zu werden, erhöhen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat die CDU in Zusammenhang mit den für die Regierungskoalition günstigen Landtagswahlen in Hessen und Bayern die Frage über die Spaltung der Regierungskoalition von der Tagesordnung genommen, wobei der Fokus auf einen Sieg bei den Bundestagswahlen im Jahr 1973 gelegt wird. Die CDU-Führung ist sich ihres Sieges bei diesen Wahlen sicher, was auf folgenden Überlegungen basiert.

Zum Ersten sei Brandt, der CDU-Führung zufolge, keine starke Persönlichkeit, die in der Lage wäre, die politischen Kräfte innerhalb seiner Partei zu vereinen. Er schwanke bei der Fassung wichtiger Beschlüsse und gebe auf Druck von außen leicht nach.

Zum Zweiten seien die Unterschiede zwischen Brandt und der FDP, was die Probleme der inneren Reformen betrifft, so groß, dass sie schwer zu vereinbaren seien: Die FDP könne nicht von ihren Positionen abgehen, weil sie befürchte, die Unterstützung der Industriellen zu verlieren, und die SPD könne auf die Durchführung der inneren Reformen nicht verzichten, weil sie unter starkem Druck von Seiten der Gewerkschaften stehe.

Der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit

Andropov¹

¹ Hs. unterzeichnet.